

VERSORGUNGS WIRTSCHAFT

Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft,
Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke

12/2011



Seit 1949 aktuelle Informationen für Versorgungsunternehmen.

63. Jahrgang

INHALT

Das vergaberechtliche Konzernprivileg für Sektorenauftraggeber

– von Rechtsanwälte Dr. Andreas Graef, MBA und Dr. Roland Haberstroh, LL.M.,
Düsseldorf – 309

Die neue »§ 19-Umlage« gemäß § 19 Abs. 2 StromNEV

– von Dipl.-Betriebswirt (FH) Jürgen Dobler und Rechtsanwalt Dr. Thomas Wolf, Nürnberg – .. 314

Wirtschaftsrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Energiewirtschaftsrecht

• BNetzA ändert GPKE, WiM, MaBis und GeLi Gas 319

Rechtsprechung

Energiewirtschaftsrecht

• Keine Anwendung von § 38 EnWG bei Lieferantenkonkurrenz
– Urteil des BGH vom 6.7.2011 – VIII ZR 217/10 – 320

Steuerrecht

Gesetzgebung / Anweisungen / Hinweise

Energie- und Stromsteuer

• Aktuelle Änderungen bei der Energie- und Stromsteuer
– von RA/StB Eike Christian Westermann und RA/FAStR Ralf Reuter, Düsseldorf – 322

Rechtsprechung

Rechtsprechung kompakt

Stromsteuer

• BFH: Zu den Voraussetzungen der Steuerbegünstigung für Stromerzeugungsanlagen
– Urteil vom 7.6.2011 – VII R 55/09 – 325

Arbeitsrecht

• Verstoß gegen Prüfpflicht zur Besetzung freier Arbeitsplätze mit schwerbehinderten
Menschen ist Indiz für Diskriminierung 326

• Schwellenwert für Interessenausgleich beim Entleiher: Berücksichtigung der Leiharbeit-
nehmer 326

• Nichtdurchführung BEM-Verfahren ist kein diskriminierendes Merkmal nach § 22 AGG 326

Sozialversicherungsrecht

• Änderungen bei der Sozialversicherung ab 2012 und neue Beitragsbemessungsgrenzen 327

Buchbesprechungen

328

Im Focus – mehr Praxistipps auch auf www.vw-online.eu

Mit Jahresregister 2011

Im Focus – mehr auf www.vw-online.eu

Auf dieser Seite erhalten Sie Praxistipps und erste Hinweise zu Informationen, die in vielen Fällen auf unserem Online-Portal vertieft bzw. ergänzt werden. Geben Sie dort in die Suchmaske einfach die zu den einzelnen Hinweisen angegebene Dokumentennummer ein.

Wenn auch Sie interessante Neuigkeiten für unsere Leser haben, freuen wir uns auf Ihre Nachricht.

OLG Hamm vom 08.11.2011: Irreführende Werbung mit »Festpreis«-Stromtarif

Streitparteien waren zwei Energieversorgungsunternehmen. Die Klägerin, ein Energieversorgungsunternehmen aus Norddeutschland, verlangte von ihrer Konkurrenz aus dem Ruhrgebiet Unterlassung der Internetwerbung mit dem Begriff »Festpreis« für einen bestimmten Stromtarif. Am Ende dieser Werbung war als »Sternchenhinweis« ausgeführt, dass Änderungen durch Umsatz- und/oder Stromsteuer und eventuelle neue Steuern sowie durch Änderungen der Erneuerbare-Energie-Gesetz-Umlage ausgenommen seien. Nach dem Urteil des OLG Hamm kann eine solche Werbung irreführend sein. [mehr ==> DokNr. 11001205](#)

Veranlagung offen halten: Für das FG Münster ist die Besteuerung von Zinsen auf Einkommensteuererstattungen unverändert rechtlich zweifelhaft

Das Finanzgericht Münster hat mit Beschluss vom 27.10.2011 in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren ernsthafte Zweifel geäußert, ob die Besteuerung von Erstattungszinsen auf Einkommensteuern rechtmäßig ist. Der Gesetzgeber habe es im Jahressteuergesetz 2010 unterlassen, die steuerliche Behandlung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen umfassend neu zu regeln und damit einen Systemwechsel deutlich zu machen. Ernstliche Zweifel hat das FG zudem, ob die im Jahressteuergesetz 2010 angeordnete rückwirkende Besteuerung von Erstattungszinsen mit dem Rechtsstaatsprinzip vereinbar ist. Es hat die Beschwerde zum Bundesfinanzhof zugelassen. [mehr ==> DokNr. 11001200](#)

BFH: Vorsteuerabzug im Zusammenhang mit der Installation einer Photovoltaikanlage

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat sich in drei Urteilen grundsätzlich zu den Voraussetzungen und zum Umfang des Vorsteuerabzugs im Zusammenhang mit der Installation einer Photovoltaikanlage (PV-Anlage) zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie geäußert. Es ging um die den Vorsteuerabzug für Herstellungskosten einer PV-Anlage auf einem leer stehenden Schuppen bzw. einem Carport und die umsatzsteuerliche 10%-Grenze bei Dienstleistungen in Form von Erhaltungsaufwendungen. Der (private) Betreiber einer PV-Anlage, der den mit seiner Anlage erzeugten Strom kontinuierlich an einen Energieversorger veräußert, sei insoweit umsatzsteuerrechtlich Unternehmer. Er ist damit grundsätzlich zum Abzug der ihm in Rechnung gestellten Umsatzsteuer aus Aufwendungen berechtigt, die mit seinen Umsätzen aus den Stromlieferungen stehen. [mehr ==> DokNr. 11001201](#)

AG München: Unbenutzte Fahrkarten dürfen nach Tarifänderung ungültig werden

Das Amtsgericht München hat entschieden, dass eine Klausel auf dem Fahrausweis, wonach unbenutzte Fahrkarten des öffentlichen Personennahverkehrs nach einer Tarifänderung nur noch relativ kurzfristig gültig sind, wirksam sein kann. Die Eisenbahn-Verkehrsordnung, die eine Fahrpreiserstattung für unbenutzte Fahrausweise innerhalb einer längeren Frist nach Ablauf vorsehe, komme vorliegend nicht zur Anwendung, da die gesetzlichen Ausnahmeregelungen beachtet wurden. Das Urteil ist rechtskräftig. Eine gegen das Urteil erhobene Verfassungsbeschwerde beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof wurde am 15.09.2011 abgewiesen. [mehr ==> DokNr. 11001202](#)

VGH Kassel vom 11.11.2011: Wasser- und Bodenverband Lahn-Dill und Umgebung wegen Gründungsfehlern rechtlich inexistent

Nach zwei Urteilen des HessVGH ist der Wasser- und Bodenverband Lahn-Dill und Umgebung aufgrund von Verfahrensfehlern bei seiner Errichtung im Jahr 1996 sowie der Unwirksamkeit seiner Gründungssatzung als Körperschaft des öffentlichen Rechts rechtlich nicht existent. Mit dieser Feststellung hat der HessVGH zwei Urteile des Verwaltungsgerichts Gießen (VG) bestätigt, mit denen das VG Beitragsbescheide des Wasser- und Bodenverbandes aufgehoben hatte. Revision gegen die Urteile wurde nicht zugelassen.

Die Folgen, die sich daraus ergeben, dass eine Körperschaft des öffentlichen Rechts seit rd. 15 Jahren auf vielen unterschiedlichen Feldern gewirkt hat, obwohl sie nach der Beurteilung des Gerichts rechtlich von Anfang nicht existierte, sind nur schwer vorstellbar. [mehr ==> DokNr. 11001204](#)